

Gerald Karner

Versagen der Klimapolitik? Empfehlungen für die Sicherheitspolitik

erschienen 06/2014 in der Broschüre „Nachhaltiger Klimaschutz“ des ÖBMV



Das die Politik von der Wirtschaft dominiert wird, stellt prinzipiell kein Phänomen des 21. Jahrhunderts dar. Produktionswichtige Ressourcen bildeten seit jeher einen bedeutenden Faktor des Wohlstandes, teilweise auch der Existenz von Staaten. Bereits im Altertum wurden daher Kriege um Ressourcen geführt – nicht nur wegen eines Mangels an diesen, sondern sehr oft auch, um sich daran zu bereichern. Spätestens seit Beginn des Industriezeitalters spielen dabei auch jene Ressourcen eine entscheidende Rolle, die der Energieproduktion dienen. So sehr gerade die schrecklichsten Kriege der Neuzeit auch aus ideologischen Gründen begonnen wurden – die Herrschaft über Räume mit natürlichen Ressourcen spielte bei den Kriegsursachen stets eine Rolle, und entschieden wurden sie jedenfalls immer durch deren ausreichende Verfügbarkeit. Stabilität und Sicherheit im Sinn einer friedlichen Entwicklung stehen daher in direktem Zusammenhang mit der Energieproduktion. Verknappen sich die zur Energieproduktion benötigten Ressourcen – bzw. werden sie künstlich verknapp – steigen die Spannungen zwischen Ländern mit einem Mangel an diesen und solchen, die darüber verfügen. Dies zeigt auch der aktuelle Konflikt zwischen Russland und der Ukraine.

Die gegenwärtige Struktur des globalen Energieverbrauchs, die nach wie vor stark von der Nutzung fossiler Energieträger, wie Kohle, Öl und Gas, geprägt ist, hat nicht nur gravierende Auswirkungen auf das globale Klima, sondern auch eine außen- und si-

cherheitspolitische Dimension. Dazu kommt allenfalls verschärfend die Frage, inwieweit die Klimafolgen der Energiepolitik Konflikte verstärken oder sogar auslösen.

Zunehmende Konkurrenz um fossile Ressourcen

Der Zugang zu Energieressourcen ist in vielen Regionen mit geostrategischen Fragen sowie Aspekten regionaler Vorherrschaft verknüpft. Die Region Zentralasien verfügt über umfangreiche Gas- und Ölvorkommen, ist aber gleichzeitig durch politische Instabilitäten geprägt. Da der Energiebedarf nicht nur in Industriestaaten weiter steigt, sondern in beträchtlichem Maße auch in bevölkerungsreichen Schwellenländern, wie China und Indien, verstärkt sich zunehmend die Konkurrenz um strategische Zugänge zu Erdöl- und Erdgasvorkommen. Dies betrifft vor allem Länder, die in hohem Maße von Energieimporten abhängig sind. Eine ökologische Transformation der Energieversorgungssysteme stellt somit nicht nur ein umweltpolitisches Erfordernis dar, sondern kann durch die Diversifizierung des Energiemixes auch eine friedensstiftende Wirkung entfalten.

Energiesicherheit

Die Energieversorgung der EU weist bereits jetzt, unter anderem durch die zunehmende relative Knappheit von Erdöl und Erdgas, eine deutliche Verwundbarkeit auf. Erschwerend kommt hinzu, dass sich die Importabhängigkeit der EU 28 bis 2030 von 47,1% auf 67,5% erhöhen wird

(s. Abb. 1). Besonders Regionen, die über die umfangreichsten „freien“ Vorkommen an fossilen Energieträgern verfügen, erweisen sich häufig als risikobeladen. Dies betrifft mit Blick auf die Welterdölreserven vor allem die Golfregion, während sich fast zwei Drittel des Welterdgasvorkommens auf das Gebiet zwischen Westsibirien und der kaspischen Region konzentrieren. Als mögliche Folge drohen Engpässe bis hin zu kompletten Ausfällen bei Energielieferungen. Diese können durch verschiedene soziale und politische Spannungen, wie beispielsweise Lieferblockaden und Regionalkonflikte, erzeugt werden.

Der Ausbau der verbrauchernahen Nutzung erneuerbarer Energieträger kann mit Blick auf diese Risiken eine Strategie zur Senkung von Importabhängigkeiten darstellen. Dieser strategische Wert erneuerbarer Energien ist – auch in Bezug auf den globalen steigenden Energieverbrauch in Entwicklungsländern – bisher kaum erkannt. Und wenn doch, fand diese Erkenntnis bislang kaum die erforderliche Berücksichtigung in der realen Energiepolitik.

Innere Sicherheit – Verwundbarkeit von Energieversorgungssystemen

Energieversorgungssysteme zählen zu den kritischen Infrastrukturen. Im Rahmen einer Verwundbarkeitsanalyse der in Deutschland zur Anwendung kommenden Energieversorgungssysteme wurde deutlich, dass die einzelnen Energieträger und Anlagen sowie die Übertragungsnetze deutlich unterschiedliche Verwundbarkeitsniveaus aufweisen. Damit sind sie in verschiedenem Maße anfällig gegenüber möglichen terroristischen Anschlägen oder den Auswirkungen extremer Wetterereignisse. Insbesondere die Risiken der Atomenergie heben sich hierbei sicherheitspolitisch in ihrer Dimensionalität und Kritikalität deutlich von allen anderen Energieversorgungssystemen ab: Sollte es zu einem Angriff kommen, droht

im schlimmsten Falle eine internationale Destabilisierung. Anders als bei konventionellen Energieanlagen ist das Sicherheitsrisiko bei Anlagen der erneuerbaren Energien (mit Ausnahme großer Wasserkraftanlagen) durch deren Dimensionierung, Dezentralität und die nahezu bestehende Unmöglichkeit von (Brennstoff-)Explosionen reduziert. Wie bei konventionellen Anlagen sind je



© ABfNA
Eine dezentrale, verbrauchernahe Versorgung mit erneuerbaren Energien kann einen Beitrag zur inneren Sicherheit leisten.

Importabhängigkeit der EU 28 bei der Energieversorgung 2013 und 2030

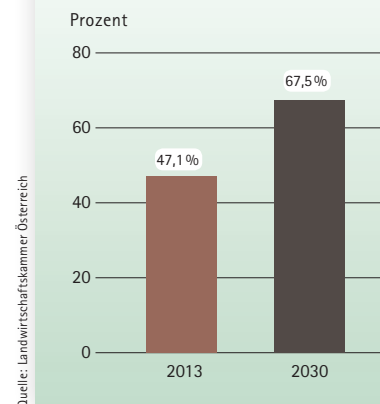


Abb. 1: Bis 2030 wird sich die Abhängigkeit der EU 28 von Energieimporten voraussichtlich auf 67,5% erhöhen (+43%)

doch auch bei erneuerbaren Energien die Netze für Sicherheitsrisiken anfällig. Ein systematischer, möglichst verbraucher-naher Ausbau erneuerbarer Energien kann daher einen Beitrag zur inneren Sicherheit darstellen.

Klimasicherheit

Die Erkenntnisse der Klimaforschung lassen auf einen deutlich schneller eintretenden Klimawandel mit erheblichen regionalen Auswirkungen schließen, als bislang angenommen wurde. Durch den massiven Rückgang an fruchtbaren Böden und der Wasserverfügbarkeit ist auch das verstärkte Auftreten von regionalen Ressourcenkonflikten zu befürchten. Gleichzeitig ist absehbar, dass der weltweit steigende Energiebedarf in Entwicklungsländern bis 2030 überproportional zunehmen wird. Das beschwört nicht nur die Gefahr steigender Preise für die Energieversorgung in den Industrieländern, sondern unter Umständen handfeste Konflikte um die Ausbeutung von Energieträgern. Durch die enge Beziehung zwischen Entwicklungen im Energiesektor

und dem Ausmaß des Klimawandels bildet sich hierbei zunehmend ein sicherheitspolitischer Klima-Energie-Komplex heraus, für den integrierte Lösungsansätze zu suchen sind. Werden diese nicht schnell genug umgesetzt, drohen nicht mehr nur lokal begrenzte Ressourcenkonflikte, sondern auch (über-)regionale Konfliktlagen.

Sicherheitsrisiko Energiearmut

Gravierende Energiearmut stellt in vielen Ländern der Welt einen wesentlichen Bedrohungsfaktor menschlicher Sicherheit dar. Der Rückgriff auf traditionelle Biomasse in Entwicklungsländern unter Nutzung offener Feuerstellen als Energiequelle hat vor allem gesundheitlich, aber auch in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Entwicklungschancen besonders für Frauen und Kinder erhebliche negative Auswirkungen. Die möglichen Folgen einer massiven, nicht nachhaltigen Ausbeutung von Biomasse zeigen, dass auch Lösungsansätze im Bereich der erneuerbaren Energien differenziert zu betrachten sind. Für den Ausbau der Palmölnutzung in Indonesien oder

Malaysia zu Exportzwecken werden z. B. soziale und ökologische Folgeschäden in Kauf genommen. Ferner kollidiert dieser Ansatz vielfach mit den Rechten indigener Völker, sodass auch lokale Konflikte aus einem nicht politisch begleiteten globalen Bioenergiehandel folgen können. Ob ein Entwicklungsland eine – für die Entwicklung unabdingbare – funktionierende Energieversorgung etablieren kann, scheint dabei unabhängig vom heimischen Vorhandensein fossiler Energieträger zu sein.

Investitionen

Investitionen spielen sowohl bei der Energiesicherheit als auch im Bereich der Entwicklung eine wesentliche Rolle, Ähnliches gilt für die Rolle von Energiemärkten. Die Bezüge zur Sicherheitspolitik sind jedoch primär indirekter Natur. Bestehen kostspielige Importabhängigkeiten, so können Preisschübe infolge wachsender Weltmarktpreise umfassende gesellschaftliche Krisen hervorrufen, vor allem in hoch verschuldeten Entwicklungsländern, die eine hohe Energieimportabhängigkeit aufweisen. Die Diversifizierung des Energiemixes ist in diesen Ländern ebenso wie in Europa geboten, wie die wiederholten Krisen und Konflikte um russische Energielieferungen zeigen. Investitionen in den russischen Energiesektor werden gegenwärtig erschwert, sodass eine Ausweitung der Energie-Bezugsquellen ratsam scheint, um die Abhängigkeitsverhältnisse mit dem russischen Partner wieder auszubalancieren.

Eine möglicherweise in Zukunft zunehmend relevante Frage betreffe eine Abkehr von der Abwicklung des globalen Ölhandels in US-Dollar, wie sie seitens des Iran ins Spiel gebracht wurde. Ein entsprechendes Vorgehen könnte zu erheblichen weltwirtschaftlichen

Instabilitäten führen, sicherheitspolitische Auswirkungen sind hier jedoch spekulativ.

Schlussfolgerungen

Der Klimawandel und seine potenziellen Folgen sowie Energiesicherheit sind globale Herausforderungen mit enormer sicherheitspolitischer Relevanz. Sie wären daher primär auch auf globaler Ebene zu lösen. Bislang haben sich dazu jedoch die zur Lösung globaler Probleme berufenen Organisationen als unfähig bzw. ungeeignet erwiesen. Dies liegt hauptsächlich an der Struktur der Vereinten Nationen (UNO), die nach wie vor auf der sicherheitspolitischen Lage nach dem Zweiten Weltkrieg und damit auf den Rechten bzw. Vorrechten einzelner Nationalstaaten aufbaut. Eine Veränderung dieser Ausgangssituation ist zwar kaum in Sicht, an einer Stärkung dieser supranationalen Instanz und ihrer Unterorganisationen wird jedoch zu arbeiten sein. In einer Übergangsperiode von Energieproduktion und -nutzung, die von verstärkten Konfliktsituationen geprägt ist, führt jedenfalls an enger regionaler Kooperation kein Weg vorbei, sollen Frieden und Stabilität erhalten bleiben.

Energieversorgungssysteme, die auf der Nutzung erneuerbarer Energien beruhen, können bei einem systematischen und durchdachten Ausbau neben einem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen auch einen friedenspolitischen Beitrag leisten: Zum einen sind die Versorgungsstrukturen vielfach dezentral ausgerichtet – eine Situation, die sich auch mit dem massiven Ausbau nur begrenzt ändern dürfte. Zum anderen kann die Unabhängigkeit von Energieträger-Importen gesteigert werden. Dies gilt im Falle eines nachhaltigen Ausbaus der Nutzung von Biokraftstoffen nur bedingt, allerdings sind die potenziellen Exporteure weniger auf instabile Regionen konzentriert. Darüber hinaus können durch den gezielten Ausbau erneuerbarer Energien sub-



© Archiv ÖBMV

Der Verlust von fruchtbaren Böden und Trinkwasservorkommen erhöht weltweit das Risiko von Ressourcenkonflikten.

stanziale Beiträge zur Stabilisierung von Entwicklungsländern geleistet werden: Ein Aufbau dezentraler Energienetze mittels erneuerbarer Energien kann helfen, die Energiearmut dort zu mildern und den drohenden Klimawandel zumindest zu begrenzen.

Eines muss jedenfalls klar sein, und diese Feststellung scheint besonders in Zeiten schleichender Renationalisierung bedeutsam: Eine nachhaltige Bearbeitung bzw. eine Lösung der Probleme, die sich aus einem Klimawandel bzw. der ungleichen Verteilung der energierelevanten Ressourcen ergeben, muss an den Wurzeln ansetzen und darf nicht die Symptome bekämpfen. Für die Sicherheitspolitik bedeutet das, die kooperativen und multinationalen Bemühungen zu verstärken, den Frieden zu sichern, regionale Konflikte zu beenden – ja gegebenenfalls sogar höhere, die Rechte der Menschen berücksichtigende Interessen gegenüber lokalen Despoten durchzusetzen. Ungeachtet der realpolitischen Situation gilt etwa: Wäre die Ukraine heute bereits EU-Mitglied, so würde es den Konflikt mit Russland so nicht geben, weil dies dann per se ein Problem zwischen der EU und Russland wäre anstatt zwischen zwei Nationalstaaten und sich die Auseinandersetzung in Entstehung und Verlauf ganz anders darstellen würde.

Vorstellungen, nach denen die nationalen Instrumente der Sicherheitspolitik inklusive der militärischen neuerlich und vorrangig der Abschottung nach außen, der Abhaltung und Abschreckung zu dienen hätten, würden einen Rückschritt in der sicherheitspolitischen Entwicklung darstellen; sie würden die Probleme nicht nur nicht lösen, sondern letztlich sogar zu ihrer Verschärfung beitragen.

Gerald Karner
Aventus GmbH,
gk@aventus-services.com